

*Die kolumbianische Linkspartei Unión Patriótica (UP) war Anfang des Jahrhunderts aus dem Parteienregister gestrichen worden, nachdem fast 3000 ihrer Mitglieder durch Mordanschläge getötet worden waren.*

*Vergangene Woche hat der kolumbianische Staatsrat den Antrag auf Wiedezulassung der UP gebilligt. Die Medien fragen, ob das ein Weg sein könnte, die FARC ins politische Leben eintreten zu lassen.*

*Dazu das Wochenmagazin SEMANA am 15.7.2013:*

## **Unión Patriótica: 2.Teil**

Die Justiz erweckte die Partei nach 11 Jahren wieder zum Leben, während die Friedensgespräche laufen. Ebnet das den Weg?

Die letzten Wahlen, bei denen man die Symbole der UP sehen konnte, fanden im Jahr 2000 statt. Nach der Ermordung von Heliodoro Durango, der sich um einen Sitz im Departementsparlament von Antioquia bewarb, zogen alle weiteren Kandidaten der Partei ihre Kandidaturen zurück.

Für die Wahlen 2002 hatte die UP bereits ihre Eigenschaft als juristische Person verloren, weil der Nationale Wahlrat CNE festgestellt hatte, dass die Partei nicht die erforderliche Zahl von Stimmen erhalten hatte, die ihr juristisches Überleben gesichert hätte. Dreizehn Jahre später erweckte der 5.Senat des Staatsrates diese Partei juristisch wieder zum Leben: Er annullierte die Beschlüsse, die zu ihrem Verschwinden geführt hatten.

Das historische Urteil erkennt an, dass die Regeln zu den politischen Parteien auf die UP nicht anwendbar sind. Diese Organisation wurde in einer der schändlichsten Episoden der kolumbianischen Geschichte durch Schüsse der Paramilitärs minimiert, in einigen Fällen gefördert durch Agenten des Staates, nicht aber durch fehlende Stimmen.

Zwischen 1984 und 1997 wurden nach Angaben der UP mehr als 2300 ihrer aktiven Mitglieder wie Durango eliminiert, darunter zwei Präsidentschaftskandidaten, 8 Parlamentarier, 13 Mitglieder von Departementsparlamenten, 11 Bürgermeister und 145 Mitglieder von Stadt- und Gemeinderäten. Bis zum Jahr 2006 überstiegen die Schätzungen der NRO Reiniciar die Zahl von 6000 Opfern, darunter Bedrohte, Vertriebene, Verschwundene und Ermordete. Was der UP passierte, war nicht der Mangel, die notwendigen Stimmen zu bekommen, sondern sie "konnte nicht darauf bauen, die unabdingbaren Garantien zu haben, die nötig sind, um in den Wahlkampf einzutreten", erläuterte der Staatsrat in seinem Urteil.

Das Urteil hat zudem symbolische Bedeutung, indem es gesprochen wurde in dem Moment, da die Regierung und die FARC Auswege aus dem bewaffneten Konflikt diskutieren. Obwohl das Mitglied des Staatsrates Alberto Yepes betonte, das Urteil zur Wiederbelebung der UP wäre mit oder ohne Friedensgespräche gleich ausgefallen, geht von dem Urteil eine vermittelnde Botschaft aus: Der Staat ist bereit anzuerkennen, dass er früher die Tür zur politischen Beteiligung verschlossen hatte.

Man darf nicht vergessen, dass die UP in einem politischen Experiment geboren wurde, mitten in einem Verhandlungsprozess, der dem heutigen in Havanna ähnelte, während der Amtszeit von Präsident Belisario Betancur. Die Guerrilla hatte eine Partei formiert aus Gruppen ihrer Sympathisanten, darunter auch die Kommunistische Partei, Organisationen der Kleinbauern und von der Regierung anerkannte Bürgerbewegungen.

Im Jahr 1986 gewann die UP sechs Sitze im Senat und fünf in der Kammer. Aber gleichzeitig begannen die gezielten Attentate und die Massaker. Die Auslöschung der UP war in den Augen der bewaffneten rechten Ultras gerechtfertigt, weil sie angeblich organischer Bestandteil der FARC gewesen sei. Einige Parteimitglieder, wie z.B. Iván Márquez, heute Chefunterhändler in Havanna, kehrten in die Berge zurück, andere jedoch blieben in den Städten, um dort Politik zu machen. Gegen sie wurde eine systematische Kampagne der Ausrottung ausgelöst. Im Jahr 1997 ging der letzte UP-Senator ins Exil.

Für den Direktor der NRO Indepaz, Camilo González Posso, ist das Urteil "ein erster Schritt, mit der alltäglichen Kultur Schluss zu machen, wonach `wenn jemand getötet wird, muss ja irgendetwas gewesen sein.`"

Nach dem Urteil könnte die UP bei den Wahlen 2014 Kandidaten präsentieren. Allerdings sind die Anforderungen, nach denen Parteien ihre Eigenschaft als juristische Personen behalten können, wesentlich strikter, denn auf sie müssen je 450.000 Stimmen entfallen. Die Führung der Partei hat ihre Absicht bekundet, eine breite Front verschiedener politischer Kräfte zu formieren, denn die UP allein kann diese Schwelle nicht überwinden. Trotzdem könnte die Wiederbelebung von kurzer Dauer sein, wenn der UP nicht andere Hilfen, wie z.B. eine Gnadenfrist zur Neukonstituierung, gewährt werden.